

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwärter die Postkonten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis für die Anzeigen und Anwärter 50 Pfennige, gewöhnliche Anzeigen 25 Pfennige, Anzeigen für die 1. und 2. Klasse 40 Pfennige, Anzeigen für die 3. Klasse 30 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 263

Freitag, den 11. November 1927.

22. Jahrgang

„Zu der Wacht am Rhein gehört die Wacht an der Weichsel!“

Dr. Luther bei einer nationalliberalen Wahlkundgebung in Danzig.

Danzig, 10. Nov. Bei einer anlässlich der bevorstehenden Wahlen von der nationalliberalen Bürgerpartei gestern abend in der Messehalle veranstalteten Kundgebung sprach Reichsfinanzminister a. D. Dr. Luther über das Thema „Deutsche Schicksalsgemeinschaft“. Der Redner gab zunächst einen Überblick über die durch den Zusammenbruch Deutschlands geschaffene Lage, welche dringend erfordere, daß Deutschland ein einheitliches

Volk, eine Nation werde. Er vertrat die Auffassung, daß das Ostproblem eng mit dem des Westens verbunden sei, obwohl auch er ein Ostlocomotive für Deutschland als unmöglich bezeichnete. Es gibt keine deutsche Zukunft, sagte der Redner weiter, ohne den deutschen Osten, und die Erkenntnis wächst im deutschen Volk, daß zur Wacht am Rhein die Wacht an der Weichsel gehört.

„Das Rheinland nützt uns gar nichts.“

Französische Einsicht.

Paris, 9. Nov. Die „Volonte“, das Blatt Laury, befaßt sich heute in einem sehr bemerkenswerten Artikel mit dem Berliner Börsenkrach, den sie als eine direkte Folge der von Barker Gilbert an die Reichsregierung gerichteten Warnung ansieht. Einen derartigen Erfolg hätte früher Frankreich niemals durch noch so gewalttätige Mittel erzielen können. Weder die Besetzung der Brückenköpfe Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort noch auch die Besetzung des Ruhrgebiets habe in Deutschland eine Panik hervorrufen können, die der heutigen an Schnelligkeit und Stärke verglichen werden könnte. Der Beweis ist jedenfalls geführt, daß die Drohung mit einem internationalen wirtschaftlichen Druck auf Deutschland tausendmal wirksamer ist, als eine gewalttätige militärische Operation.

Wenn die französischen Nationalisten diese Lehre nicht verstehen wollen, fährt die „Volonte“ fort, so ist dies nur deshalb, weil sie immer noch irgendwelche

Pläne von einer Verschlagung Deutschlands hegen. Jedemfalls für jeden Klarschauenden ist die Wahrheit der These bewiesen, daß die Wacht vor dem Dawesplan von Deutschland viel schneller und leichter durch wirtschaftlichen Druck, als durch irgendwelche militärische Mittel erreicht werden kann. Das Rheinland nützt uns also gar nichts. Unsere Rettung liegt vielmehr in der prompten Reaktion der internationalen Finanzwelt, die am Dawesplan interessiert ist. Wenn man durch einen raschen Austausch unseres Rheinlandpfandes erreichen könnte, daß die Dawes-Obligationen, die bisher noch in den Kassenbüchsen Barker Gilberts verschlossen liegen, auf dem internationalen Markt ausgeben und verkauft und von den Sparern der ganzen Welt angenommen werden, dann könnten wir mit Ruhe und Sicherheit sagen, daß die Durchführung des Dawesplanes endgültig garantiert ist.

Der ledige Beamte.

Beratung des Besoldungsgesetzes im Haushaltsausschuß.

Berlin, 10. Nov. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte die Einzelberatung des Besoldungsgesetzes bei § 10 fort, der bestimmt, daß die ledigen Beamten geringeren Wohnungsgeldzuschuß erhalten. Nach dem geänderten Beschluß des Reichsrates sollen die ledigen Beamten die Hälfte des Wohnungsgeldzuschusses bekommen, was über die Regierungsvorlage hinausgeht. Der Berichterstatter, Abg. Steinkopf (Soz.), vermißt eine Definition des Begriffes „ledig“ und bezeichnete es als fraglich, ob nicht überhaupt die Differenzierung verfassungsrechtlich bedenklich sei.

Nachdem der preussische Ministerialdirektor Wehse als Berichterstatter des Reichsrates die Reichsratsab-

änderung vertreten hatte, verwies Ministerialdirektor Dr. Rotholz darauf, daß die preussische Vorlage den Standpunkt der Reichsregierung teile und daß zu den ledigen Beamten die verwitweten und geschiedenen nicht zu zählen seien.

Abg. Torgler (Komm.) beantragte Streichung der Differenzierung. Abg. Lucke (Wirtschaftsp.) beantragte, daß den Ledigen vom 40. Lebensjahre ab der volle Wohnungsgeldzuschuß bezahlt würde.

Auch Abg. Schuldt (Dem.) bekämpfte diese Vorschriften, weil den Beamten dadurch mehr entzogen werde, als man ihnen durch den Einbau der Frauenzulage gebe.

Chamberlain über das Friedensproblem.

St. Louis, 10. Nov. Der englische Außenminister Austen Chamberlain hat am gestrigen hier unter dem Patronat des Weltbundes für Internationale Freundschaft eröffneten „Kongress des guten Willens“ ein Schreiben gerichtet, in dem er zum Ausdruck bringt, daß die Fortschritte, die die Sache des Weltfriedens gemacht habe, sehr ermutigend sind. In unseren Tagen, so fährt er u. a. aus, sind die Regierungen in bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten genau so gut die Diener ihres Volkes, wie sie es in bezug auf die inneren Angelegenheiten auch sind. Die Fortschritte, die die Sache des Weltfriedens gemacht habe, sind beträchtlich und sehr ermutigend gewesen. Man muß nur die jetzige Lage in Europa mit der von vor vier Jahren vergleichen. Der Prozeß des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, bei dem der Völkerverbund große Hilfe geleistet habe, sei mit Riesenschritten vor sich gegangen, und nicht weniger bemerkenswert sind die Ergebnisse, die auf dem Gebiete der Politik erzielt wurden. Das Dawes-Abkommen und die Locarno-Verträge haben eine neue Zeit in der Geschichte eröffnet. Deutschland ist wieder in die Gemeinschaft der Nationen aufgenommen und die Befriedung und Versöhnung insbesondere zwischen den größeren Nationen nimmt von Tag zu Tag weiteren Umfang an. So tiefe Narben, wie die, die der Weltkrieg hinterließ, verschwinden nicht schnell, aber die bereits erzielten Ergebnisse zeigen, daß wir auf dem Wege sind und ebenso rechtfertigen sie ein ruhiges Vertrauen in die Zukunft.

Amerikareise des Reichskommissars für Auslandsanleihen.

Berlin, 10. Nov. Durch ein Nachrichtenbüro wurde die Meldung verbreitet, der Reichskommissar für Auslandsanleihen Hans Krüger habe auf dem Dampfer „Kolumbus“ eine Reise nach Amerika angetreten. An diese Meldung haben sich verschiedene Kommentare der Blätter angeschlossen. Wie den Wählern mitgeteilt wird, besteht ein Zusammenhang mit dem Reparationsproblem nicht.

Rekrutenverminderung im Rheinland.

Berlin, 10. Nov. Eine Notiz des „Matin“ besagt, daß die zweite Staffel der Rekruten für das Rheinland um 3500 Mann verringert sei. Diese Verringerung bedeute, wie die Blätter erfahren, nicht etwa eine neue Verminderung der Rheinlandbesatzung. Eine authentische Nachricht der französischen Regierung dürfte in der nächsten Woche zu erwarten sein.

Verabschiedung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes durch das Reichskabinett.

Berlin, 9. Nov. Das Reichskabinett hat heute unter Vorsitz des Reichsfinanzministers den Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes verabschiedet. Der Entwurf sieht von der Einführung einer Betriebssteuer, Reife- oder Kilometersteuer ab und schlägt Festhaltung am Pauschalsteuersystem vor. Kraftwagen und Personenkraftwagen sollen in Zukunft nicht mehr nach Steuerpferdestärken, sondern nach dem Hubraum besteuert werden, und zwar sollen in Anlehnung an die geltenden Steuerätze für je 100 Kubikzentimeter Hubraum bei Wägen 8 Mark, bei Personenkraftwagen 12 Mark erhoben werden. Die geltenden hohen Steuerätze für stärkere Personenkraftwagen sollen durch Fortfall der geometrischen Stufung des Steuertarifes gemildert werden. Für Kraftomnibusse, Lastkraftwagen und Aufzugsmaschinen bleiben Steuermaßstab und Steuertarif unverändert. Die Erhebung landesrechtlicher Abgaben von Kraftfahrzeugen, sei es in Form von Beiträgen für außerordentliche Wegeabnutzung (Vorausleistungen), sei es in Form von Wege- oder Brückengeldern, soll weiterhin unzulässig sein. Zur Abgeltung dieser Abgaben und im Hinblick auf die erheblichen finanziellen Erfordernisse der Wegeunterhaltung soll der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1928 in der gleichen Höhe wie bisher, nämlich auf 25 Prozent, festgesetzt werden. Erleichterungen sollen geschaffen werden durch Verbilligung der kurzfristigen Steuerartenabführung, vierteljährliche Teilzahlung und Erweiterung der Erstattungsmodalitäten. Das Steuerverkommen, das für das Rechnungsjahr 1927 auf 150 Millionen Mark angenommen wird, wird für 1928 nach den Vorschlägen des Gesetzentwerfes auf 180 Millionen Mark geschätzt. Die neue Regelung soll am 1. April 1928 in Kraft treten. Bis dahin sollen die jetzigen Vorschriften weiter gelten.

Ein Urteil über die italienische Gewaltpolitik in Südtirol.

Wien, 10. Nov. Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ schreiben zu dem Erlaß der italienischen Regierung, wonach der Gottesdienst in Südtirol nur in italienischer Sprache abgehalten werden darf: „Die italienische Regierung weiß gut, warum sie dem Südtiroler Volk auch noch diese Wunde schlägt. Sie will es ins Herz treffen und nicht nur dem ganzen gottesfürchtigen deutschen Stamm die Heimat, sondern auch jedem Einzelnen die Stätte der Andacht und Erinnerung an die Väter rauben, ihn entwurzeln. Aber das Maß ist voll und wird überlaufen.“

Politische Verhaftungen in Südtirol.

Wien, 9. Nov. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Innsbruck: In Taufers in Südtirol wurden 24 Männer verhaftet, die beschuldigt werden, am Jahrestage des Marsches nach Rom Paläste mit dem Bildnis Mussolinis sowie Luftkurse mit Delfarben überfliegen zu haben.

Ein Millionär als Räuber.

Paris, 10. November. Der in Paris wegen Fälschung ungarischer Wertpapiere verhaftete Bankier Blumenstein soll ein Vermögen von 16 Millionen Dollar besitzen. Ein in seinem Besitz gefundener Koffer enthält noch für 80 Millionen ungarische Wertpapiere.

Der Kongreß der rumänischen nationalen Bauernschaften.

Bukarest, 10. Nov. Die nationale Bauernpartei hat um die Erlaubnis nachgesucht, ihren allgemeinen Kongreß am 20. November in Karlsburg abzuhalten. Die Erlaubnis soll erteilt werden, wenn die zu entsendenden Delegierten mit Namen angegeben werden und wenn ein anderer Tagungsort gewählt wird.

Das Mellon-Berenger-Abkommen.

Paris, 10. Nov. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington, erklärte der Vorsitzende des Finanzausschusses, daß er es nicht für opportun halte, die Ratifizierung des Mellon-Berenger-Abkommens durch den Senat zu fordern, solange Frankreich nicht dieses Abkommen ratifiziert habe.

Tod eines englischen Militärfliegers.

Der Fallschirm entfaltete sich nicht. London, 10. Nov. Bei einem Flug eines Militärflugzeuges versagte gestern in der Nähe von Zimberhorne (Sussex) der Motor. Der Flugzeugführer und der Beobachter sprangen aus 400 Meter Höhe mit dem Fallschirm ab. Da der Fallschirm des Flugzeugführers sich nicht öffnete, stürzte er wie ein Stein ab und war sofort tot. Der Beobachter landete unversehrt. Die Maschine ist verbrannt.